

Schröder-Ehlers: Niedersachsens Natur- und Wasserschutz darf nicht zerstört werden!

13. Januar 2010

Andere Bundesländer lassen sich aus Gründen der Rechtssicherheit Zeit – Niedersachsens Landesregierung will die Neuordnung des Naturschutzrechts mit Gewalt bereits am 1. März 2010 in Kraft setzen. „Der katastrophale Gesetzentwurf von CDU und FDP sieht aber eine massive rechtliche Schwächung des Naturschutzes vor“, erklärt die Landtagsabgeordnete und SPD-Umweltexpertin Andrea Schröder-Ehlers. „Diese Pläne haben bei der Anhörung schon eine vernichtende Kritik von allen Umweltverbänden erhalten!“

Bei den Anhörungen im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz des Niedersächsischen Landtages sei deutlich geworden, dass Minister Sander (FDP) „sich durch Betreiben von Lobbypolitik auf Kosten des Umweltschutzes profilieren will“, so Schröder-Ehlers weiter. Sander lasse kein Instrument ungenutzt, um kontinuierlich den Natur- und Umweltschutz zurückzufahren, Gelder in andere Kanäle umzuleiten und den Umweltverbänden die Fördermittel zu streichen.

Diese Handschrift trage auch der vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuordnung des Naturschutzrechts, der mit dem EU- und Bundesrecht nicht kompatibel sei, für unabsehbare Verzögerungen von Genehmigungsverfahren Sorge und zahlreiche Beschwerdeverfahren nach sich ziehen werde. Inhaltlich bewirke die geplante Gesetzgebung zudem den Kahlschlag der Verbandsbeteiligung und eine Freistellung der Landschaftsplanung, die ihrer Abschaffung gleichkomme und damit eine wichtige Planungsgrundlage vernichte. „Der neue Entwurf, mit heißer Nadel gestrickt, lässt Niedersachsen als Schlusslicht beim Naturschutz dastehen – Naturschutzbund Deutschland e.V., Bund für Umwelt und Naturschutz e.V., Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V. und Landesjägerschaft Niedersachsen e.V. lehnen ihn ab“, fasst Schröder-Ehlers die Kritik zusammen.

Eindeutige Versäumnisse bestünden auch bei der Neuregelung des Wasserrechts. Ein maßgeblicher Kritikpunkt sei die Einführung einer gestaffelten Wasserentnahmegebühr, die auch im neuen Gesetzentwurf immer noch fragwürdig geregelt sei und von der SPD-Landtagsfraktion abgelehnt wird – demnach würden 60 Prozent der Mittel zweckentfremdet. „Der Schutz der natürlichen Ressource Wasser wird zu stark eingeschränkt und ausgehöhlt. Wir brauchen langfristig mehr und vor allem auch eine länderübergreifende Regulierung, zum Beispiel in Form eines Staatsvertrages und Konzessionsabgaben“, erklärt Andrea Schröder-Ehlers **und äußert sich auch zur Trinkwasserförderung in der Nordheide: „Während Sander zur Wasserförderung der Hamburger Wasserwerke und zum Weiterverkauf an Lübeck ankündigt, sich für eine neue Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und der Stadt Hamburg einzusetzen, erklärt sein Ministerium, dass es sich in ein laufendes Verfahren beim Landkreis Harburg nicht einmische – leider stehen die Äußerungen des Ministers im ständigen Gegensatz zu seinem Handeln. Er muss seinen Ankündigungen endlich auch mal Taten folgen lassen und die Verhandlungen jetzt schnell aufnehmen. Die langfristige Trinkwasserversorgung Norddeutschlands für uns und die nächsten Generationen kann nicht allein vom Landkreis Harburg geregelt werden!“**

Schröder-Ehlers zur Wasser-Debatte: länderübergreifende Verständigung gefordert

20. November 2009

„Wir brauchen ein länderübergreifendes Konzept zur Trinkwasserversorgung“, fordert die SPD-Landtagsabgeordnete Andrea Schröder-Ehlers angesichts der Diskussion um den Grundwasserschutz in der Nordheide. Ihre Fraktion werde sich kommenden Montag eingehend mit diesem Thema befassen und einen entsprechenden Antrag in den Niedersächsischen Landtag einbringen.

„Wasser ist eine lebensnotwendige Ressource für Mensch und Natur und darf daher nicht zum Spielball der Politik werden“, erklärt Schröder-Ehlers. In Niedersachsen werde rund 85 Prozent des Trinkwassers aus dem Grundwasser entnommen, andere Bundesländer profitierten vom vergleichsweise hohen Wasserreichtum. Aufgrund ökologischer Beeinträchtigungen sei die Grundwasserentnahme insbesondere in der Nordheide in die Kritik geraten. „Es zeigt sich, dass die Trinkwassergewinnung auch hier bei uns im Norden zunehmend schwieriger wird – daher müssen unverzüglich mit den Ländern Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen Vereinbarungen über die Trinkwasserversorgung und die Nutzung des Grundwasserdargebots erarbeitet werden. Eine solche, bisher abgelehnte länderübergreifende Abmachung muss über die bestehenden wasserrechtlichen Verfahren hinausgehen“, fordert die SPD-Politikerin.